

presse

Regierungskoalition verweigert Verbesserungen für faire Praktika

Zur abschließenden Debatte über den Antrag "Für Fairness beim Berufseinstieg - Rechte der Praktikanten und Praktikantinnen stärken" erklärt der stellvertretende bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Swen Schulz:

CDU/CSU und FDP lehnen eine Stärkung der Rechte von Praktikantinnen und Praktikanten kategorisch ab. Somit wird es für sie keine Verbesserung der Situation geben. Die SPD-Bundestagsfraktion kritisiert diese Haltung und wird sich weiterhin für eine klarere rechtliche Definition von Praktika als Lernverhältnisse, eine angemessene Vergütung, schriftliche Arbeitsverträge sowie eine Beweislastumkehr im Streitfall einsetzen, sagt Swen Schulz.

CDU/CSU und FDP lehnen die Stärkung der Rechte von Praktikantinnen und Praktikanten und damit unserer jungen Fachkräfte von morgen kategorisch ab. Das zeigt nochmals ganz klar die heutige Plenardebatte im Deutschen Bundestag. Eine Verbesserung der Situation wird es somit unter der jetzigen Bundesregierung nicht geben.

Die Bedeutung des Themas wurde durch mehrere Petitionen deutlich, die von fast 120.000 Bürgerinnen und Bürgern unterstützt wurden. Diese Stimmen werden schlicht ignoriert.

Ignoriert hat die Regierungskoalition auch die Meinung der Sachverständigen, die sich in einem öffentlichen Fachgespräch mehrheitlich für gesetzliche Klarstellungen ausgesprochen hatten.

Mit ihrer Verweigerungstaktik stehen CDU/CSU und FDP allein da. Dabei wäre es so einfach, durch gesetzliche Änderungen und Klarstellungen die Rechte der Praktikantinnen und Praktikanten zu stärken.

Die SPD wird sich auch weiterhin für eine klarere rechtliche Definition von Praktika als Lernverhältnisse, eine angemessene Vergütung, schriftliche Arbeitsverträge sowie eine Beweislastumkehr im Streitfall einsetzen.

